



Presseschau vom 09.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Kiew streicht russische Sprache aus Abschlussprüfungen**

Das Bildungsministerium der Ukraine hat die russische Sprache aus der Liste der Abschlussprüfungen an ukrainischen Schulen gestrichen, wie Medien am Freitag berichten. Demnach werden ab 2018 die Prüfungen, die sogenannten unabhängigen Abschlusstests, in nur noch elf Schulfächern angeboten: Ukrainisch und Literatur, Geschichte der Ukraine, Mathematik, Biologie, Geographie, Physik, Chemie sowie vier ausländische Sprachen – Englisch, Französisch, Spanisch und Deutsch. Die russische Sprache steht also nicht mehr in der Liste.

Zuvor hatte die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) einen Gesetzentwurf angenommen, mit dem radikale Veränderungen im Bildungssystem der Ukraine erfolgen sollen. Das neue Gesetz führt das Verbot der Bildung in jeder Sprache außer Ukrainisch ein. Die Klassen mit Unterricht in den Sprachen der nationalen Minderheiten bleiben nur bis 2020 in der Grundschule. Danach soll in allen Schulen nur in ukrainischer Sprache unterrichtet werden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31234/31/312343126.jpg>

de.sputniknews.com: Atommüll unschädlich machen: Russland und Japan vereinbaren Kooperation

Am Rande des 3. Östlichen Wirtschaftsforums haben Russland und Japan ein Memorandum über die Kooperation zur Reduzierung der Radioaktivität von Abfällen unterzeichnet, wie der russische Technologiekonzern Rosatom am Freitag mitteilte.

„Im geschlossenen Memorandum haben der Staatskonzern Rosatom und die Atomenergie-Agentur Japans die Absicht geäußert, im Bereich der Förderung der innovativen Energietechnologien beim Umgang mit radioaktiven Abfällen zu kooperieren“, heißt es in der Mitteilung.

Das Memorandum wurde demnach am 7. September vom Rosatom-Chef Alexej Lichatschjow und vom Vorsitzenden der japanischen Agentur, Toshio Kodama, unterzeichnet.

Zuvor hatte sich Russlands Präsident Wladimir Putin im Rahmen des 3. Östlichen Wirtschaftsforums in Wladiwostok mit dem japanischen Premier Shinzo Abe getroffen.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **sechsmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse, Losowoje, Shelobok und Kalinowka**. Geschossen wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„Gestern Abend erlitt **ein Mann**, geb. 1971, einer unserer örtlichen Einwohner, eine **schwere Verletzung am Brustkorb**. Das geschah, als er zu seinem Haus fuhr, das sich in **Krutaja Balka** befinden und in diesem Moment begann dort ein Beschuss“, teilte der Pressedienst der Stadtverwaltung von **Jasinowataja** mit.

Der Mann ist im Krankenhaus, derzeit befindet er sich in der Intensivstation des örtlichen Krankenhauses, sein Zustand ist ernst.

„In der Nacht haben die ukrainischen Streitkräfte **Trudowskije** beschossen, es wurde eine Hochspannungsleitung beschädigt. In der Folge haben etwa 5000 Einwohner keinen Strom“, teilte der Leiter des **Petrowskij-Bezirks von Donezk** Maxim Shukowskij mit. Er fügte hinzu, dass die Reparaturarbeiten bereits laufen.

de.sputniknews.com: „Zahl aus der Luft gegriffen“: Moskau widerspricht von der Leyen zu Zapad 2017

Moskau hat der Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen widersprochen, der zufolge angeblich 100 000 russische Soldaten am Militärmanöver "Zapad 2017" teilnehmen. Diese Zahl ist laut dem russischen Verteidigungsministerium „aus der Luft gegriffen“.

„Wir sind verwundert über die Erklärungen der Chefin der Militärbehörde Frau Ursula von der Leyen, die öffentlich mit aus der Luft gegriffenen Zahlen über die angeblichen 100 000 russischen Soldaten agiert, die an dem Manöver Zapad 2017 teilnehmen sollen, und über die damit verbundene Gefahr für Europa“, sagte am Samstag der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow.

Deutschland habe rechtzeitig erschöpfende Informationen über das Ziel, den defensiven Charakter und die Zahl der russischen Soldaten erhalten, betonte er weiter. Alle entsprechenden Daten seien Deutschland sowohl von Weißrussland als auch von Moskau bereitgestellt worden. So habe der russische Vize-Verteidigungsminister Alexander Fomin dem deutschen Militärattaché in Moskau im Rahmen eines Briefings am 29. August die Informationen übergeben.

Außerdem habe auch der Generalstabschef Russlands, Waleri Gerassimow, bei einem Treffen mit dem Chef des Nato-Militärausschusses Petr Pawel in Aserbaidschan ihn über das anstehende Manöver informiert. Gerassimow habe dabei betont, dass die Übung planmäßig stattfinde und nicht gegen andere Länder gerichtet sei.

„Es fällt mir schwer zu glauben, dass die Kollegen von Frau von der Leyen in der Nato und anderen zuständigen deutschen Behörden oder gar ihre eigenen Unterstellten die Bundesverteidigungsministerin bewusst in die Irre führen“, so Konaschenkow weiter. Es sei dagegen viel leichter, das Gegenteil zu vermuten.

Von der Leyen hatte am vergangenen Donnerstag bei einem Treffen mit ihren europäischen Kollegen in Tallinn behauptet, dass mehr als 100 000 russische Militärs an der Übung „Zapad 2017“ in Weißrussland teilnehmen würden. Russland wolle damit seine Kampffähigkeit und Stärke demonstrieren.

Das Manöver „Zapad 2017“ findet vom 14. bis zum 20. September in Weißrussland statt. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sollen daran bis zu 12.700 Soldaten teilnehmen. Eine Reihe von Nato-Ländern sowie die ukrainische Führung hatten sich zuvor besorgt über die Übung geäußert.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31614/84/316148460.jpg>

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **49 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **15 Ortschaften der Republik** mit Artillerie, Mörsern, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der Folge des Beschusses wurden zwei Häuser im **Petrowskij-Bezirk von Donzek**, Seljonyj-Gaj-Straße 16 (vollständig abgebrannt) und der Lugowskij-Straße 41 (Fassade und Verglasung beschädigt) beschädigt.

In **Krutaja Balka** wurde der friedliche Einwohner Wladimir Eduardowitsch Piszokij, geb. 11.01.1972, schwer verletzt.

de.sputniknews.com: Wer bedroht wen? – Experten-Runde zu Militärmanöver „Zapad 2017“
In Russland und Weißrussland startet demnächst das gemeinsame Manöver „Zapad 2017“ („Westen 2017“). Laut offiziellen Angaben sollen daran 13.000 Armeeangehörige, davon 3000 aus Russland, teilnehmen. Die Defensivübung wird von europäischen Politikern und in den Medien jedoch enorm hochgeschaukelt. Experten klären, was dahinter steckt. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen erwartet eine Truppenzahl bis zu 100.000 und schlug am Donnerstag bei einem Treffen mit EU-Amtskollegen in der estnischen Hauptstadt Tallinn Alarm. Alexander Schpakowski, Direktor der weißrussischen nichtstaatlichen Denkfabrik „Aktuelle Konzeption“ verglich während der Videokonferenz Moskau-Minsk, die von der Nachrichtenagentur „Rossiya Segodnya“ veranstaltet wurde, diese Zahlen mit den militärischen Übungen der Nato an den Grenzen Weißrusslands und Russlands.

Allein für das laufende Jahr habe die Allianz 28 Wehrübungen in dieser Region eingeplant, an denen rund 60.000 Soldaten und Offiziere beteiligt seien. „An dem Nato-Manöver ‚Anakonda‘ in Polen haben im vorigen Jahr 30.000 Armeeangehörige teilgenommen. Ich kann mich aber nicht entsinnen, dass jemand von den offiziellen Amtspersonen Weißrusslands oder von den Repräsentanten der Expertengemeinschaft dieses Thema im Ernst als Kriegsgefahr breitgetreten hätte“, so Schpakowski.

Zwar finden ähnliche Manöver wie „Zapad 2017“ jährlich statt, doch hat das jetzige im Westen in der Tat besondere Bedenken geweckt. Die Medien der Nato-Staaten haben im Laufe dieses Jahres eine massive Informationskampagne betrieben, um dem

Durchschnittsbürger Angst einzujagen.

Panikmacher baltische Staaten und Polen

Besondere Panikmacher sind die baltischen Staaten und Polen. Worauf dieses Verhalten zurückzuführen sei, erörterte während der Video-Konferenz Sergej Reked, Generaldirektor des russischen Zentrums für Erforschung der Integrationsperspektiven. Für die Hauptursache dieses Medienrummels hält er das Bestreben, dem wachsenden Einfluss Russlands im postsowjetischen Raum entgegenzuwirken.

Es sei eine Art Informationsprovokation, fuhr der Experte fort, die darauf abziele, die eigenen Sicherheitsprobleme ins Blickfeld zu rücken.

„Letztere haben sich nach den US-Präsidentenwahlen abgezeichnet. Obwohl die Rhetorik von Präsident Trump im Sicherheitsbereich sich heute von seinen Wahlreden bereits unterscheidet, bleibt die Ungewissheit über die Einstellung der USA zur europäischen Sicherheit bestehen. So handelt es sich beim Medienrummel im Baltikum um ein weiteres Mittel, sich bemerkbar zu machen.“

Der Dozent am Lehrstuhl für ausländische Regionalkunde und Außenpolitik der Russischen Geisteswissenschaftlichen Universität RGGU Sergej Markedonow brachte ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Brüssel im Bereich der europäischen Sicherheit zur Sprache:

„Die europäische Sicherheit wird nach dem Zerfall der UdSSR in Brüssel als die Sicherheit der Nato aufgefasst, die mit der Sicherheit der EU gleichgesetzt wird. In Moskau versteht man dagegen unter der europäischen Sicherheit die Sicherheit von der Nato und Russland in allen Fragen. Dies betrifft nicht nur die bilaterale, sondern auch die multilaterale Agenda.“

Die Beweisführung der Nato, man solle die Entscheidungen der Ukraine, Georgiens und Moldawiens sowie ihre Souveränität respektieren, treffe zwar zu, so Markedonow, aber jede souveräne Angelegenheit betreffe in der globalisierten Welt direkt oder indirekt auch die Nachbarn. „Diese Länder haben sich so entschieden und Russland ganz anders. Diese Entscheidungen muss man vereinbaren können. Vorläufig klappt diese Vereinbarung nur mit Mühe.“

Nato im postsowjetischen Raum

Der Experte wies darauf hin, dass die Länder im postsowjetischen Raum gegenüber der Nato unterschiedliche Interessen hätten. „In Georgien hat ein Referendum stattgefunden, das dem Nato-Beitritt zustimmte. In der Ukraine wurde bis jetzt kein ähnliches Referendum durchgeführt, obwohl darüber viel gesprochen wird, denn die Nato-Befürworter haben während der drei Jahre der großen Konfrontation mit Russland einen nur geringen Vorsprung gehabt.“

Armenien als Russlands Verbündeter sei ebenso an der Nato interessiert, und zwar wegen des Konflikts mit Aserbaidschan, fuhr der Experte fort. „Es möchte vermeiden, dass sein Nachbar den Dialog mit der Nato ganz an sich reißt. Vor allem, da Aserbaidschan für viele Nato-Länder ein wichtiger Energiepartner ist. Aserbaidschan will sich nicht in die Konfrontation zwischen der Nato und Russland einbeziehen lassen. Dieses Revier hält es für fremd, aber es scheint ihm möglich, mit dem größten militärpolitischen Bündnis einen Dialog zu führen.“ In Moldawien sei sogar eine politische Doppelherrschaft entstanden, so Markedonow. „Die Regierung plädiert für den Ausbau der Kontakte zur Nato. Der Präsident meint, die Entscheidung zugunsten der Allianz sei falsch, da Moldawien laut seinem Grundgesetz ein neutrales Land ist.“

Nato-Patriotismus

Der Experte verwies zudem darauf, dass der Faktor Nato in den postsowjetischen Ländern häufig zum Element der Innenpolitik wird.

„Danach beurteilt man häufig den Grad des Patriotismus. Wenn man beispielsweise in der Ukraine kein Nato-Befürworter ist, kann man nicht als ukrainischer Patriot gelten. Auch in Georgien war es zu einem bestimmten Zeitpunkt aktuell.“

Darüber hinaus werde die Ukraine in der neuen US-Administration als ein wichtiger militärpolitischer Vorposten und ein Werkzeug zur Eindämmung Russlands im postsowjetischen Raum angesehen, stellte der Experte fest. „Unter allerlei Ausreden über die russische Gefahr und selbstständige Entscheidungen der Völker nähert sich die Nordatlantische Allianz konsequent den russischen Grenzen an und hat sie schon erreicht.“

Dan-news.info: „Bei der letzten Sitzung in Minsk haben wir die Frage der Rückgabe der Dokumente an aus ukrainischer Gefangenschaft befreite Personen aufgeworfen. Derzeit gibt es 126 solcher Menschen“, teilte die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa gegenüber DAN mit. „Die Ukraine ihrerseits spricht davon, dass die DVR diese Menschen mit Pässen der Republik ausstattet. Das haben wir bereits getan. Es ist nur jetzt die Frage, können wir solche Vorschläge des Gegners als faktische Anerkennung der DVR als Staat betrachten?“

Außerdem befindet sich die Mehrzahl der ehemaligen gefangenen Anhänger der DVR bis jetzt auf dem Territorium der Ukraine unter Strafverfolgung. Von Seiten der Republik sind alle Festgehaltenen, die der ukrainischen Seite übergeben wurden, von Strafverfolgung befreit.

nachmittags:

ukrinform.ua: UN-Botschafter Jeltschenko: Russischer Resolutionsentwurf zu Blauhelmission findet keine Unterstützung in UN-Sicherheitsrat

Die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates unterstützen den russischen Resolutionsentwurf zu einer Blauhelmission in der Ostukraine nicht.

Das sagte der UN-Botschafter der Ukraine, Wolodymyr Jeltschenko, in einem Interview für die Nachrichtenagentur Ukrinform. „Heute sprach sich praktisch kein Mitglied des Sicherheitsrates, außer Russland, für ihre Ideen aus. Einige schwiegen einfach. Die meisten sagten, dass es kein Sinn hat, an dem von Moskau vorgeschlagenen Format zu arbeiten“, sagte Jeltschenko.

Russland hatte am 5. September dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen den Resolutionsentwurf über eine Friedensmission in die Ostukraine vorgelegt. Der ukrainische Außenminister, Pawlo Klimkin, bezeichnete den Entwurf als eine „zu erwartende Manipulation“. Damit wolle Moskau die Anerkennung der Terroristen im Donbass, die es unterstützt, erreichen. Er betonte dabei, dass Russland den Einsatz der Friedenstruppen nur an der Konfliktlinie und nicht im gesamten Konfliktgebiet in der Ostukraine wolle.

de.sputniknews.com: **Blauhelme im Donbass: Kiew legt Uno eigenen Resolutionsentwurf vor**

Die ukrainische Delegation bei der Uno in New York hat kürzlich laut dem Vizeleiter der ukrainischen Präsidialverwaltung Konstantin Jelissejew dem Weltsicherheitsrat einen Resolutionsentwurf zur Stationierung von Friedenstruppen im Donbass vorgelegt.

„Im Auftrag des Präsidenten wurde der erneuerte Resolutionsentwurf vor wenigen Tagen im UN-Sicherheitsrat eingebracht. Natürlich sind wir bereit, auch weiterhin zu arbeiten“, sagte Jelissejew gegenüber dem ukrainischen TV-Sender „Inter“.

Ihm zufolge wird die Vorbereitung auf die Entsendung von UN-Friedenstruppen in den Donbass nach der Fassung eines entsprechenden Beschlusses mindestens sechs Monaten in Anspruch nehmen.

Zuvor hatte der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin die (russische) Initiative zur Entsendung einer UN-Friedensmission in den Donbass als „erwartete Manipulation“ bezeichnet.

Am Rande des Gipfels der BRICS-Staaten im chinesischen Xiamen Anfang September hatte der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, Russland bereite eine Resolution für den UN-Sicherheitsrat vor, um den Einsatz einer UN-Friedensmission im Donbass zu ermöglichen. Die Blauhelme sollen demnach die Sicherheit der OSZE an der Kontaktlinie zwischen der ukrainischen Armee und den Volkswahren der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk in der Ost-Ukraine gewährleisten.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In der letzten Nacht haben die ukrainischen Streitkräfte beschlossen, der Republik ein „Geschenk“ zum Tag der Befreiung des Donbass von den faschistischen deutschen Besatzern zu machen. Und sie haben ein weiteres Mal bewiesen, dass sie würdige Nachfolger der Nazismus und Anhänger der Bandera-Ideologie sind.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **49 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Artillerie, Mörser, Schützenpanzerwagen, Schützenpanzer und Schusswaffen verwendet. Auf **12 Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurden 13 Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm, 49 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 211 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In der Folge eines Beschusses auf Befehl des Kommandeurs der 72. mechanisierten Brigade des Kriegsverbrechers Sokolow wurden zwei Häuser im Petrowskij-Bezirk von Donezk in der Seljonyj-Gaj-Straße 16 und der Lugowskij-Straße 41 beschädigt. Ein Haus brannte ab.

In der Folge der Aktivität von Scharfschützengruppen in Krutaja Balka wurde der zivile **Einwohner** Wladimir Eduardowitsch Pizozkij, geb. 1972, **verletzt**.

In Richtung Mariupol hat der Gegner mit Granatwerfern und Schusswaffen auf **Oktjabrj und Leninskoje** geschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner eine Ortschaft mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Außerdem wurde in der Folge eines Mörserbeschusses unserer Positionen **ein Soldat der Streitkräfte der DVR verletzt**.

Trotz der lauten Erklärungen der Führung der Ukraine über die Überführung der Streitkräfte auf NATO-Standards bei der Organisation der Ernährung der Soldaten haben die Soldaten der 59. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte, die sich an der Front befinden, **qualitativ minderwertige Nahrungsmittel** erhalten. Dies führte zu **Massenvergiftungen** des Personals. Die Soldaten haben offen ihre Unzufriedenheit und Drohungen gegen ihre Kommandeure und die Lebensmittellieferanten geäußert. Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte war gezwungen, eine komplexe Kommission zur Durchführung einer Revision und zu Ermittlungen zu diesem Fall zu schicken.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte verwendet weiter schwere Waffen an der Kontaktlinie, um weitere Provokationen durchzuführen.

Von unserer Aufklärung wurde die Ankunft von Einheiten der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Granitnoje festgestellt. Unter anderem sind drei Haubitzen 2S1 „Gwosika“ des Kalibers 122mm zur Bildung einer manövrierbaren Artilleriegruppe eingetroffen, um provokative Beschüsse des Territoriums der DVR durchzuführen.

Nach der Erklärung des stellvertretenden Kommandeurs der Landtruppen, des Generalmajors der ukrainischen Streitkräfte Nikitenko, dass die ukrainischen Streitkräfte nicht gegen Russland werden kämpfen können, weil es ein großer Staat sei und dass die ukrainischen

Freiwilligen „Diebe und Marodeure sind, die feige aus Ilowajsk geflohen sind“, hat der Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte ihn in dieser Woche aus der „ATO“-Zone abgezogen, um eine politisierte Ermittlung durchzuführen. Diese Erklärungen von hochrangigen Funktionsträgern der ukrainischen Armee sind nicht das erste Mal zu hören und sind eine Bestätigung dessen, dass die militärischen Strukturen im Donbass nur gegen das eigene Volk kämpfen. Und mit den Streitkräften der Russischen Föderation musste die ukrainische Armee sich bisher nicht auseinandersetzen.

Außerdem wird gemäß einer Erklärung des Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Mushenko in der nächsten Zeit ein gewaltsamer Abzug von Freiwilligenbataillonen aus der „ATO“-Zone erfolgen im Zusammenhang mit der Unmöglichkeit, ihre Verbrechen gegen die friedliche Bevölkerung zu dulden sowie wegen sich häufenden Gefechten mit Einheiten der ukrainischen Streitkräfte. Diese Entscheidung kann eine Welle neuer Konflikte zwischen vom Kommando der „ATO“ nicht kontrollierten Einheiten ukrainischer Nationalisten und Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die die Befehle der militärischen Führung befolgen, provozieren.

de.sputniknews.com: „Sind keine Ex-Sowjetrepubliken!“ Baltische Länder richten Brief an Medien

Die Botschafter Lettlands, Litauens und Estlands haben einen Brief an den Redakteur der französischen Zeitung „Le Monde“ Luc Bronner verfasst. In dem Schreiben bitten sie ihn, ihre Länder nicht mehr als „ehemalige Sowjetrepubliken“ zu bezeichnen. Dies berichtet Sputnik Lettland.

Grund sei ein Beitrag der Zeitung über den Kampf Finnlands gegen die „hybride Gefahr“ aus Russland gewesen. In dem Artikel würden die baltischen Länder „ehemalige Sowjetrepubliken“ genannt.

In dem Brief machten die Diplomaten demnach geltend, ihre Länder seien 1940 der Sowjetunion nicht freiwillig beigetreten. Nach dem Zerfall der UdSSR seien alle drei baltischen Republiken zudem nicht von Grund auf wiederaufgebaut worden, sondern hätten ihre Unabhängigkeit wiederhergestellt.

„Le Monde“ soll den Aufruf bislang nicht kommentiert haben.

Anfang des Jahres hatten die Diplomaten eine ähnliche Bitte an Redakteure der „Zeit Online“ gerichtet. Auf der Webseite waren damals Artikel in der Serie „Das Erbe der Sowjetunion“ erschienen, darunter auch über die baltischen Länder.

Alle drei Länder behaupten außerdem, sie seien von 1940 bis 1991 von der Sowjetunion besetzt gewesen und fordern von der russischen Regierung Schadensersatz. Moskau weist die Vorwürfe zurück: Von einer Okkupation des Baltikums könne keine Rede sein.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Sogar ukrainische Medien haben darüber berichtet, dass im von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten **Solotoje** Soldaten ein **mehrstöckiges Haus besetzt** haben und die Einwohner nicht in ihre eigenen Wohnungen lassen.

Über solche Fälle habe ich mehrfach in meinen Erklärungen gesprochen. Wir erhalten praktisch aus allen Ortschaften an der Kontaktlinie Informationen. Am häufigsten ist solche Willkür der ukrainischen Streitkräfte in den Gebieten von Popasnaja, Solotoje, Stschastje und Staniza Luganskaja zu bemerken.

Das Ausmaß der Willkür und der Ausschreitungen der sogenannten „ukrainischen Verteidiger“ kann daran beurteilt werden, dass solche Informationen schon in kontrollierten ukrainischen Massenmedien erscheinen.

Unsere technischen Einheiten haben ihre Arbeit zur Entminung nicht eingestellt.

Sie verläuft plangemäß und dank der „Anstrengungen“ des Staates Ukraine reicht die Arbeit leider noch für viele Jahre.

de.sputniknews.com: Gabriel: „Wir brauchen Russen, Russen brauchen uns“
Bundesaußenminister Sigmar Gabriel hat in einem Gespräch mit RT Deutsch seine Hoffnung geäußert, dass in den Beziehungen zwischen Russland und Europa Frieden einkehren wird. Gabriel sagte im Interview, es gebe „eine Menge Dinge“, die im beiderseitigen Interesse Deutschlands und Russlands seien.

„Wir wissen als Deutsche, dass wir die Russen und die Russen uns brauchen, damit wir gemeinsam in der Welt miteinander dafür sorgen können, dass wirtschaftlich es besser wird, dass Frieden existiert, dass wir Konflikte eindämmen“, so Gabriel.

Der Bundesaußenminister äußerte sich ferner zu der Lage in der Ostukraine: Er sei sehr froh gewesen, als der russische Präsident Wladimir Putin vorgeschlagen hatte, UN-Friedenssoldaten im Donbass zu stationieren.

„Jetzt sind die Bedingungen, unter denen Russland das vorschlägt, sicherlich nicht die gleichen, die wir vorschlagen oder die die Ukraine vorschlägt. Aber ich finde, es ist ein erster richtiger, guter Schritt“, betonte Gabriel.

Er fügte hinzu, Deutschland wolle, dass es ein besseres Verhältnis zwischen der Ukraine und Russland gebe, so schwer das heute auch sei. „Wir wünschen uns, dass wir Frieden über dem Minsker Prozess ermöglichen, um auch Sanktionen gegen Russland abzubauen“.

Ukrinform.ua: Autobombenanschlag in Kiew: SBU erzählt über Feinde des Opfers Timur Machauri, der bei einem Autobombenanschlag in Kiew am Freitag getötet wurde, war der persönliche Feind des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow und kämpfte gegen das Putin-Regime.

Das gab der Sicherheitsdienst der Ukraine SBU auf seiner Facebook-Seite bekannt. Er sei ständig von Geheimdiensten der Russischen Föderation und Tschetschenien verfolgt worden. Laut dem SBU war der wahre Name des Opfers Ali Timaew, Nickname „Timur Machauri“. Er wurde 1978 in Tschetschenien geboren. Im Zeitraum von 1999 bis 2000 kämpfte er nach Angaben des Geheimdienstes gegen Russland in Dagestan und nahm 2008 am russisch-georgischen Krieg an der Seite Georgiens teil. Er habe drei Anschläge überlebt. Ali Timaew habe freundliche Beziehungen mit Soldaten, die im Donbass kämpften, gepflegt.

Der Mann wurde am Freitag, bei der Explosion einer Bombe in seinem Auto getötet. Eine Frau und ein Kleinkind, die auch im Auto waren, wurden in ein Krankenhaus eingeliefert. Die Frau wurde schwer verletzt. Das Leben des Kindes ist außer Gefahr.

de.sputniknews.com: Kiew: Auto-Explosion auf VIDEO festgehalten

Im Internet ist ein von einer Autokamera aufgenommenes Video aufgetaucht, das die Explosion eines Pkws im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt Kiew vom Freitagabend zeigt. In der Aufnahme sind unter anderem der Ausbruch eines Feuers und in die Luft fliegende Autotrümmer zu sehen.

Die Explosion eines Autos im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt Kiew ist durch einen Sprengsatz verursacht worden und hat einen Toten gefordert. Das teilte das ukrainische Innenministerium noch am Freitag mit. Bei dem Toten soll sich um den „in kriminellen Kreisen“ bekannten Georgier Timur Machauri handeln. Laut ukrainischen Medien soll er am Donbass-Konflikt beteiligt gewesen sein.

Neben ihm befanden sich demnach noch eine Frau und ein Kind in dem Wagen. Die Frau wurde aus dem brennenden Auto geborgen und schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, hieß es.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/LcIMGi9Zrlg"

frameborder="0" allowfullscreen></iframe>
<https://youtu.be/LcIMGi9Zrlg>

ukrinform.ua: Rapid Trident – 2017: Erste Phase des Manövers gestartet
Auf dem Flughafen der Petro-Franko-Brigade der taktischen Luftwaffe hat die erste Phase des Manövers „Rapid Trident – 2017“ begonnen.
Im Rahmen der ukrainisch-amerikanischen Kommandostabsübung Rapid Trident – 2017“ sind in die Ukraine „Partner aus einer Luftwaffenbasis der USA“ angekommen, berichtet die Pressestelle des ukrainischen Verteidigungsministeriums. Auf dem Flughafen würden die Amerikaner theoretische und praktische Übungen zur medizinischen Ausbildung, zum Transport und Absetzen von Gütern und Personal durchführen.

de.sputniknews.com: FDP-Chef Lindner will Russland wieder in G8-Gruppe sehen – unter einer Bedingung
Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner hat sich dafür ausgesprochen, dass Russland wieder in den Kreis der G8-Staaten aufgenommen wird – allerdings unter einer bestimmten Bedingung. Dies äußerte der Politiker in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Focus“.
Lindner betonte die Notwendigkeit der Dialogbereitschaft mit Russland: Es sei nämlich besser, mit Präsident Wladimir Putin zu reden als über ihn. „Wir sollten Putin die Möglichkeit eröffnen, die Sackgasse der Eskalation zu verlassen“, so der FDP-Chef.
Lindner nannte jedoch eine Bedingung für Russlands Rückkehr in die G8-Staatengruppe: „Wenn Russland auf Militärmanöver verzichtet, die unsere osteuropäischen Partner bedrohen, wäre das ein Anlass, die G8-Staatengruppe wiederzubeleben, wenn auch anfangs nur als G7 + 1.“
Zugleich forderte Lindner mehr Konsequenzen gegenüber Moskau im Fall von „Provokationen“. „Wenn Russland weiter provoziert, dann muss auch der Bau der Nord-Stream-Pipeline gestoppt werden.“
Der FDP-Politiker sprach sich außerdem gegen den Abzug von US-Atomwaffen aus Deutschland aus. Denn so wäre die Bundesrepublik „Erpressungen aus Moskau schutzlos ausgeliefert“.

Dan-news.info: Das Urteil in der Sache der tragischen Ereignisse in Odessa am 2. Mai 2014 wird am 15. September bekannt gegeben. Dies teilte der Odessaer Rechtsanwalt Kirill Schewtschuk heute DAN mit.
„Das Urteil in der Angelegenheit der Ereignisse am 2. Mai in Odessa wird am 15. September ergehen. Ich weiß, dass der Staatsanwalt für die russischen Gefangenen 10 bis 15 Jahre Freiheitsentzug beantragen. Für die übrigen, die nicht in Untersuchungshaft sind, 8 bis 10 Jahre. Aber wie es wird, werden wir sehen“, sagte Schewtschuk.
Er erinnerte daran, dass bereits im Frühjahr dieses Jahres das Verfahren vom Malinowskij-Gerichtshof an den Iljitschewskij-Gerichtshof des Oblast Odessa übergeben wurde, wo schon am 5. September die Plädoyers stattfanden und entsprechend die letzte Verhandlung.
„Überhaupt hat die Geschwindigkeit der Verhandlung dieser Sache durch den Iljitschewskij-Gerichtshof sehr überrascht. Das ist richtig, weil die Verzögerung der Sache im Malinowskij-Gerichtshof direkt die Rechte der Menschen, die sich in Untersuchungshaft befinden, verletzt“, sagte der Rechtsanwalt.
Schewtschuk schloss nicht aus, dass ein Freispruch einen Ausbruch von Aggression von Seiten ukrainischer Nationalisten nach sich ziehen könnte. „Wenn der Gerichtshof die Schuld bestätigt und die maximale Strafdauer verhängt, ist es sehr wahrscheinlich, dass es einen Ausbruch von Protesten geben wird. Im Fall eines Freispruchs werden ihre Gegner –

ukrainische Nationalisten – sich aggressiv verhalten und dies wird einen Massencharakter haben“, erklärte der Gesprächspartner der Agentur.

Wir erinnern daran, dass 20 Menschen auf der Anklagebank sitzen, darunter auch Bürger der RF. Zu Beginn wurde die Angelegenheit der Unruhen auf dem Griechischen Platz am 2. Mai im Primorskij-Gerichtshof behandelt, aber Ende 2014 weigert er sich, die Sache zu behandeln und die Sache wurde an den Malinowskij-Gerichtshof übergeben. Damals wurde die Anklageschrift mehrfach in die Staatsanwaltschaft zurückgegeben, wonach jedes Mal ein neues Richterkollegium gebildet werden musste. Im Mai 2017 gab es im Malinowskij-Gerichtshof keine Richter mehr, die berechtigt waren, die Sache zu behandeln, deshalb wurde sie an den städtischen Gerichtshof Tschernomorsk (früher Iljitschewsk) übergeben. Insgesamt dauert der Prozess schon drei Jahre.

Am 2. Mai 2014 griffen Aktivisten des „Rechten Sektors“ und der sogenannten „Selbstverteidigung des Maidan“ eine Zeltstadt auf dem Kulikowo-Feld an, wo Odessiten Unterschriften für ein Referendum über die Föderalisierung der Ukraine und den Status der russischen Sprache sammelten. Die Anhänger der Föderalisierung und der Bewegung „Antimaidan“ suchten im Gewerkschaftshaus Schutz, aber die Radikalen umzingelten das Gebäude und zündeten es an. Nach unterschiedlichen Angaben starben dort 40 bis 200 Menschen, mehr als 200 wurden verletzt. Bis heute wurden die Schuldigen nicht bestraft und die Opfer befinden sich auf der Anklagebank.

de.sputniknews.com: „Nicht mit russophoben Lügen handeln“: Moskau nennt UN-Bericht zu Syrien Fälschung

Der jüngste Bericht der unabhängigen UN-Ermittlungskommission für Syrien, in dem Moskau und Damaskus Menschenrechtsverletzungen beschuldigt werden, ist ein Beispiel für eine schlecht verfasste und politisch motivierte Fälschung. Dies äußerte der russische Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf, Alexej Borodawkin, am Samstag.

„Jener Teil des Berichts, der Russland und den Einsatz chemischer Waffen durch die syrischen Streitkräfte betrifft, stellt ein Beispiel für eine politisch engagierte und dabei schlecht verfasste Fälschung dar“, sagte er.

Ihm zufolge soll Moskau nicht auf solche Vorwürfe reagieren.

„Vor einiger Zeit ist es in politischen und diplomatischen Kreisen in Mode gekommen, mit russophoben Lügen zu handeln. Die Situation ändert sich aber allmählich – sogar dort, wo solche Verleumdungen noch gefragt sind, deren politischer Preis rapide sinkt“, so Borodawkin.

Am Mittwoch hatte die vom UN-Menschenrechtsrat gebildete Ermittlungskommission für Syrien den 14. Bericht über angebliche Verstöße gegen die Menschenrechte in diesem Land publik gemacht. Die Verfasser dieses Dokument behaupten, dass die russische Luftwaffe Krankenhäuser in den von der bewaffneten Opposition in Syrien kontrollierten Gebieten bombardiere.

Zudem wird Damaskus vorgeworfen, im April in Chan Schaichun C-Waffen eingesetzt zu haben. Laut der Kommission sollen von März 2013 bis März 2017 in Syrien 25 Fälle eines Einsatzes von Massenvernichtungswaffen registriert worden sein, 20 davon durch die syrischen Regierungstruppen.

Die syrische Opposition hatte Anfang April rund 80 Tote und 200 Verletzte bei einer Giftgas-Attacke in der Stadt Chan Scheichun in der nordwestlichen Provinz Idlib gemeldet und die syrischen Regierungstruppen dafür verantwortlich gemacht. Die syrische Armee wies diese Vorwürfe zurück.